



„Wandel durch Annäherung“ – Grundlagenvertrag

— Lösungen und Unterrichts Anregungen zu Arbeitsblatt A

Neue Ostpolitik

Die neue Ostpolitik passt sich ein in die von den Supermächten seit Ende der 60er Jahre betriebene Entspannungspolitik (1968: Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen; 1969: Beginn von Gesprächen über die Begrenzung strategischer Rüstung/SALT; 1971: Viermächteabkommen über den Status von Berlin).

„Wandel durch Annäherung“

Die Formel „Wandel durch Annäherung“ prägte Egon Bahr (*1922) in einem Vortrag, den er am 15.7.1963 in der Evangelischen Akademie in Tutzing hielt. Er warb darin für eine „Politik ohne Illusionen“.

„Jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben (ist) aussichtslos. (...) Die Zone muss mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden.“ Eine neue Deutschlandpolitik müsse darin bestehen, den Status quo zunächst anzuerkennen, um ihn dann schrittweise und im Kontakt mit dem DDR-Regime zu verändern. Bei alledem sei klar: „Die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjetunion zu schaffen. Sie sind nicht in Ost-Berlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjetunion, nicht ohne sie.“ (Deutschland-Archiv 1973, S. 862–865. Siehe: www.ev-akademie-tutzing.de > Suche: Wandel durch Annäherung)

Bahr war ein enger Mitarbeiter Willy Brandts, der seinerzeit Regierender Bürgermeister von West-Berlin war. Bahr hatte 1961 beim Mauerbau miterlebt, dass die „Politik der Stärke“ nur zu ohnmächtigen Protesten, aber nicht zu Veränderungen führt. Als Brandt in der Großen Koalition 1966–1969 Außenminister wurde, machte er Bahr zum Chef seines Planungsstabs. Hier wurde das Programm entwickelt, das Brandt ab 1969 als Kanzler umsetzte. Bahr führte dabei die Verhandlungen zum Moskauer, Warschauer und zum Grundlagenvertrag. Brandt machte den Anfang seiner neuen Politik mit der Sowjetunion, die Kleiderordnung des Ostblocks musste eingehalten, und Stolpersteine sollten zuerst dort aus dem Weg geräumt werden. Erst wenn Moskau bestimmten Positionen zugestimmt hätte, würden es auch Warschau und Ost-Berlin tun.

Moskauer, Warschauer und der Grundlagenvertrag waren Voraussetzung für die 1972 beginnenden Verhandlungen der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE). 32 europäische Staaten plus USA, Sowjetunion und Kanada, nahmen daran teil. Sie unterzeichneten in Helsinki am 1.8.1975 die Schlussakte, die den europäischen Status quo bestätigte, zugleich aber auch Menschenrechte und Grundfreiheiten formulierte, auf die sich bald darauf Dissidenten in den Ostblock-Staaten berufen sollten.

Brief zur deutschen Einheit

Seine Entgegennahme durch die Sowjetunion bedeutete das Zugeständnis, dass die Bundesregierung nicht vertragswidrig handelt, wenn sie an dem in der Präambel des GG verankerten Wiedervereinigungsgebot festhält. Nachdem es Bahr gelungen war, die Annahme des Briefs in Moskau durchzusetzen, musste ihn bei Abschluss des Grundlagenvertrages auch – zähneknirschend – die DDR akzeptieren.

i Einschätzung der Interessenlagen

— Zu Aufgabe 1

„Unverletzlich“ lässt eine „friedliche Veränderung“ zu, was ja Ziel der neuen Ostpolitik war.

— Zu Aufgabe 2

Brandt sah in dem Jubel für ihn ein Bekenntnis zur Einheit der Nation, die DDR-Führung sah ihren Abgrenzungskurs delegitimiert.

— Zu Aufgabe 3

Winzer befürchtete die Unterlegenheit der DDR gegenüber der Doppelstrategie der Bundesrepublik. Diese erkannte einerseits den Status quo und mit ihm die DDR-Führung als Gesprächspartnerin an. Zugleich hielt sie aber auch als Endziel an der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands fest, was die Auflösung der DDR nach sich ziehen würde.



„Wandel durch Annäherung“ – Zielkonflikte

— Lösungen und Unterrichtsanregungen zu Arbeitsblatt B

„Einheit der Nation“

Die Präambel des Grundlagenvertrages hält fest, dass die Vertragspartnerinnen Bundesrepublik und DDR zu grundsätzlichen Fragen unterschiedliche Auffassungen haben, „darunter zur nationalen Frage“. Während die Bundesrepublik am Fortbestand der deutschen Nation und damit auch an einer gemeinsamen deutschen Staatsbürgerschaft festhielt, leugnete die DDR die nationale Gemeinsamkeit.

Aus der DDR-Verfassung von 1974 verschwand das „deutsche Volk“; nur noch vom „Volk der DDR“ war die Rede. Honecker nannte die Bundesrepublik „imperialistisches Ausland“, in der DDR entwickle sich eine eigene „sozialistische Nation“. Gleichzeitig wurde die DDR quasi zur Vollstreckerin der deutschen Geschichte erklärt, sie verkörpere die „besten Traditionen der deutschen Geschichte“. Dabei kommt es zu teils überraschenden Umdeutungen. Den einstigen „Fürstenknecht“ Luther nennt Honecker 1984 „einen der größten Söhne des deutschen Volkes“. Schon 1981 hatte er das Reiterstandbild Friedrichs des Großen auf seinen angestammten Platz Unter den Linden in Berlin zurückgeholt, selbst an Bismarck begann man fortschrittliche Seiten zu entdecken.

Ihre „Eigenständigkeit“ ließ die DDR jedoch außer Acht, wenn ihr dies wirtschaftliche Vorteile brachte. Der Handel zwischen West- und Ostdeutschland galt über die Staatsgründungen 1949 hinaus als „innerdeutscher“ Handel. Das sparte der DDR Zölle und Devisen, via Bundesrepublik wurde sie sogar später stille Nutznießerin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Deshalb hatte die DDR an dieser Konstruktion bis zu ihrem Untergang nie gerührt.

Ständige Vertretung

Mit dem Grundlagenvertrag wurde die „Hallstein-Doktrin“ hinfällig, mit der die Bundesrepublik die DDR außenpolitisch isoliert hatte. (Zur Hallsteindoktrin vgl. *Lehrerblatt zu Thema 05: Zweimal Deutschland?*) Bereits in seiner Regierungserklärung vom 28.10.1969, in der er seine neue Ostpolitik vorstellte, hatte Brandt allerdings auch erklärt: „Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“ (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Texte zur Deutschlandpolitik. Bd. IV, Bonn 1970, S. 12)

An diesem Standpunkt hielten in der Folgezeit alle Bundesregierungen fest.

Perfektionierung der Grenzanlagen

Im Internet können die Schüler gute grafische Darstellungen der „Grenzanlagen der DDR“ finden. Sie verdeutlichen, wie tief gestaffelt vor der eigentlichen (letzten) Mauer mit Rohrauflage (in Berlin) bzw. dem Grenzzaun an der innerdeutschen Grenze zahlreiche weitere Sperren installiert waren: Sperrgräben für Kfz, Kontrollstreifen, Kolonnenwege für die Grenztruppen, Lichttrassen, Beobachtungstürme, Höcker-sperren, Signalzäune, Hinterlandsmauern, an der innerdeutschen Grenze dazu noch Schutz- und Sperrstreifen, die nur mit Sonderausweis betreten werden konnten. Sie sollten Fluchtversuche schon im Hinterland vereiteln, damit es nicht vor den Augen der Welt zu Grenzwischenfällen kam, die der Reputation der DDR schaden.

Die Selbstschussanlage SM 70, die es an der Berliner Mauer nicht gab, spie nach Berühren eines Signaldrahtes scharfkantige Eisenstücke in Richtung DDR aus, die beim Flüchtenden zumeist tödliche Verwundungen verursachten.

2 DDR-Forschungsaufgaben

— Zu Aufgabe 1

Hier bietet sich die Möglichkeit, einerseits westdeutschen Schülern die im Rückblick teilweise bizarr wirkende DDR-Wirklichkeit durch Augenzeugenberichte vorzuführen.

Zum Beispiel

- ... die Einreise mit Zwangsumtausch
- ... die Ausreise mit Hochklappen der Sitzbank im Auto und Spiegelung seiner Unterfläche
- ... die DM als Zweitwährung, die Besucher mitbringen und verschenken durften. Sie war begehrt, weil in Intershop-Läden damit Westwaren eingekauft werden konnten und Handwerker für sie prompt arbeiteten.

Andererseits könnten ostdeutsche Schüler erfahren, welche Bilder DDR-Bürger vom anderen deutschen Staat hatten oder welchen Eindruck Westreisen hinterließen.

Mit dem Suchwort „Grenzerinnerungen-Museen“ finden Sie im Internet Berlin- und Deutschlandkarten, in die Erinnerungsstätten und -museen zur Berliner Mauer und zur innerdeutschen Grenze eingetragen sind. Sie könnten Ziel einer Exkursion sein.

— Zu Aufgabe 2

Das „Grüne Band Deutschland“ ist ein Naturschutzprojekt entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Es soll die dort über Jahrzehnte von Menschen praktisch unberührte Natur erhalten, die sich in dieser Zeit zum Rückzugsgebiet seltener Tiere und Pflanzen entwickelt hat.

— Zu Aufgabe 3

Verspottet wird die Parole vom „sterbenden Kapitalismus“. Die Oma widerspricht dem, was der Enkel in der Schule gelernt hat, nicht direkt, sondern ironisch: Wenn das, was sie an Überfluss im Westen gesehen hat, ein Sterbeprozess sein soll, dann kann sie diese Art von Tod nur „schön“ nennen.